

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 10011
Vertrieb: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 10011
Eigentümer: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 10011

Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 10011
Druckkosten: 1.200 Mk. (einschl. 100 Mk. für Anzeigen)
Anzeigen: 1.200 Mk. (einschl. 100 Mk. für Anzeigen)

Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 10011
Druckkosten: 1.200 Mk. (einschl. 100 Mk. für Anzeigen)
Anzeigen: 1.200 Mk. (einschl. 100 Mk. für Anzeigen)

Hitlers Sieg in Mecklenburg

Die absolute Mehrheit erreicht

Schwerin, 6. Juni. Das vorläufige Endergebnis der Mecklenburg-Schwerinschen Wahlen liegt nunmehr vor. (Das Ergebnis aus einer händlichen Gemeinde ist bisher nicht amtlich.) Es haben erhalten:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	108 838	18
Kommunisten	26 962	4
Nationalsozialisten	177 029	80
Bürgerl. Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Staatspartei, Ritter)	7 895	1
Deutschnationale	22 875	5
Arbeitsgem. nat. Mecklenburger (Christl., Soz., DVP., Birisch)	7 482	1
Soz. Arbeiterpartei	952	0

Die Nationalsozialisten haben demnach mit einem Mandat die absolute Mehrheit im neuen Landtag.

Im Zeichen der Reichstagswahlen

Das endgültige Ergebnis der Mecklenburg-Schwerinschen Landtagswahlen, das infolge des Fehlens von 30 Landgemeinden außerordentlich lange auf sich warten ließ, hat den Nationalsozialisten nach Mecklenburg nun auch hier die absolute Mehrheit gebracht. Dieses Ergebnis blieb bis zum letzten Augenblick in der Schwebe. Tatsächlich haben die Nationalsozialisten auch mit wenigen Stimmen die erforderliche Mandatszahl für das ausschlaggebende Mandat überboten. Die Deutschnationalen haben weniger Wahlsitzgehabt. Sie haben die für ein letztes Mandat noch benötigten 100 Stimmen nicht mehr erhalten.

Der nationalsozialistische Erfolg in Mecklenburg ist außerordentlich, denn es ist ihnen hier in einem beispiellosen Ausmaß gelungen, die Zahl des zweiten Wahlganges für die Reichspräsidentenwahl fast völlig zu behaupten. Die Rollen dieses Erfolges trägt die Linke und die Mitte. Ein zweifellos interessantes Ergebnis im Hinblick darauf, daß die mecklenburgischen Wahlen die ersten sind, die im Zeichen des Reichstagswahlkampfes stehen. Bemerkenswert ist, daß mit Ausnahme der Deutschnationalen die übrigen bürgerlichen Parteien nahezu zerrieben worden sind. Christlichsoziale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei haben als Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger nur ein einziges Mandat erringen können. Der starke Stimmenrückgang der Mitte in Preußen, der zu Mandatsverlusten weit über die absolute Wähler-einbuße hinaus führte, hat in Mecklenburg ebenso wie in Oldenburg zur völligen Auflösung der Mitte geführt. Den Großteil der von hier abwandernden Stimmen haben die Nationalsozialisten für sich gewonnen und daraus in beiden Ländern den notwendigen Stimmengewinn für die absolute Mehrheit gewonnen.

Zweifellos werden sich aus dem Mecklenburger Endergebnis Folgerungen für die Reichstagswahlen ergeben müssen, weil die Mittelparteien auch bei Annäherung aller möglichen Listenverbindungen in den Wahlkreisverbänden

kaum Aussicht auf die Eroberung einer genügenden Anzahl von Grundmandaten haben. Da es im Reich aber vor allem darauf ankommt, die nationale Bewegung so zu stärken, daß das Zentrum seine Schlüsselstellung einbüßt, darf durch Verflechtung keine Stimme der nationalen Bewegung verlorengehen. Das ist wohl die wichtigste Folgerung, die für die Reichstagswahlen aus dem Mecklenburger Ergebnis gezogen werden muß. Das mecklenburgische Ergebnis ist bemerkenswert auch deshalb, weil sich auch hier die Linke, obwohl in der Opposition, stark rückfällig gezeigt hat. Das Land wurde schon seit den letzten Landtagswahlen im Jahre 1920 von einem überparteilichen nationalen Kabinett regiert, an dessen Spitze der deutschnationale Ministerpräsident Eichenburg stand. Das Kabinett war auf die Fortsetzung durch die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten des alten Landtages angewiesen. Freilich hat das bisherige nationale Mecklenburger Kabinett auch alle Erwartungen voll erfüllt. Es hat unter den schwierigsten Verhältnissen völlig mit der Schuldenwirtschaft der früheren Vorkriegsregierungen gebrochen und die Staatsfinanzen saniert und neu geordnet.

Über den nationalsozialistischen Sondererfolg hinaus ist als weiteres Symptom für die Reichstagswahlen der starke Rückgang der nationalen Oppositionsparteien in ihrer Gesamtheit bemerkenswert. Bei den Reichstagswahlen 1930 zählten Nationalsozialisten und Deutschnationale zusammen 119 000 Stimmen und die Linke 100 000 Stimmen. Diesmal sind die Rechtsparteien auf rund 210 000 Stimmen angewachsen und die Linke hat nur noch 141 000 Stimmen.

In diesen Zahlen verkörpert sich ganz klar die völlige Wende des deutschen Volkes von marxistischen und internationalen Gedankengängen.

Aus den Städten liegen folgende Ergebnisse vor:

Stadt	Partei	Stimmen	Mandate
Wismar:	Sozialdemokraten	6 808	6 506
	Kommunisten	1 945	1 978
	Nationalsozialisten	6 196	2 658
	Bürg. Arb. d. Mitte	689	—
	DVP.	699	—
	Arbgem. nat. Meckl.	422	—
Rostock:	Sozialdemokraten	17 020	19 690
	Kommunisten	4 828	4 242
	Nationalsozialisten	20 636	8 175
	Bürg. Arb. d. Mitte	1 881	—
	DVP.	5 645	6 281
	Arbgem. nat. Meckl.	1 852	—
Schwerin:	Sozialdemokraten	8 076	10 862
	Kommunisten	1 054	906
	Nationalsozialisten	13 966	5 188
	Bürg. Arb. d. Mitte	1 470	—
	DVP.	2 577	2 960
	Arbgem. nat. Meckl.	1 453	—

Wie Painlevé sich die Tributregelung denkt

„Internationalisierung der Verkehrsmittel“

Frankfurt a. M., 6. Juni. Painlevé, der neue französische Luftfahrtminister und Vorsitzender des Rates für nationale Verteidigung, hatte mit dem Vertreter eines frankfurter Blattes am ersten Tage des neuen Ministeriums eine längere Unterredung. Auf die Frage des Korrespondenten über die sogenannte „Ausgleichskasse“ erklärte Painlevé: „Frankreich hat Anspruch auf die deutschen Leistungen.“

Deutschland kann aber gegenwärtig nicht zahlen. Das Fortbestehen der Forderung verzögert die Beziehungen. Es ist notwendig, die Luft zwischen den beiden Völkern zu reinigen. Wenn jedoch Frankreich für alle Zeiten verdingunglos verzichtet, besteht die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit, daß Deutschland auf Grund seiner besseren technischen Ausrüstung, überdies von allen Völkern befreit, in einem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf tritt, der für die letzten Wunden Deutschlands, die auf ihre Forderung verzichtet haben, eine schwere Gefahr bedeuten würde.

Wenn jedoch ein Verzicht ausgesprochen werden soll, muß gegen diese Möglichkeit eines ungleichen Konkurrenzkampfes ein Schutz geschaffen werden, ein Ausgleich.

Ich habe dafür das Wort „Ausgleichskasse“ gebraucht, das offenbar so viele Wählerstimmungen hervorruft. Um den Ausgleich zu schaffen, ist ein Wollstutzen notwendig. Was ist das beste Werkzeug für die Wollstutzen eines Landes? Der Verkehr. Wenn also die deutschen Verkehrsmittel, Eisenbahn und Handelsfliegerei, in ein

internationales System einbezogen werden, ist eine Gewähr gegeben, daß im Fall eines Härten Ausfalls der deutschen Wirtschaft auch die anderen Staaten teilhaben. Eine solche

Internationalisierung der Verkehrsmittel

würde eine Beschränkung für die allzu starke wirtschaftliche Entlastung der einen Seite und einen Ausgleich für die wirtschaftlich Schwächeren bilden. Als Vorbild kann die Organisation der französischen Eisenbahnen gelten, für die mit Rücksicht auf die staatliche Ausfallhaltung schon jetzt ein Ausgleichsystem besteht.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob er die Möglichkeit eines französischen Verzichts sowohl auf die geschätzten, wie auf die ungeschätzten Jahresleistungen in Ermüdung gezogen habe, erwiderte Painlevé: Ja, unter zwei Bedingungen: Daß Amerika der Einrichtung zustimmt und daß irgendein Ausgleichssystem gegen eine allzu starke Entlastung der deutschen Wirtschaft geschaffen wird.

Französische Garantie für eine österreichische Anleihe

Paris, 6. Juni. Nach dem „Echo de Paris“ wird das Kabinett Herriot nicht nur über die Regierungserklärung, sondern auch über die von Österreich seit Monaten geforderte Anleihe beraten. Der Außenminister des Blattes vertritt den Standpunkt, daß das französische Parlament die Garantie des französischen Staates für diese österreichische Anleihe nur unter gewissen Bedingungen bewilligen dürfte.

Reichstagswahlen am 31. Juli?

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Juni. Es wird in Reichskreisen der Wunsch immer stärker zum Ausdruck gebracht, daß die Reichstagswahl mit möglicher Beschleunigung erfolgt. Die Ferienszeit sollte man unter allen Umständen von der Wahlzeit ausnehmen. Infolgedessen wäre es notwendig, spätestens den 3. Juli als Wahltag festzusetzen und die Festlegung mit möglicher Beschleunigung zu treffen. Wahltermine wie der 24. oder der 31. Juli sind jedenfalls denkbar ungünstig und mühten angesichts der großen und grundsätzlichen innerpolitischen Entscheidungen, die durch diese Wahl angebahnt werden sollen, außerhalb jeder Diskussion stehen. Mit einiger Fernsicht man beachte, daß heute erneut in der Wilhelmstraße der 31. Juli als mutmaßlicher Wahltermin bezeichnet wird. Voraussichtlich wird erst am morgigen Dienstag, wenn das Kabinett wieder vollständig in Berlin versammelt ist, über den Wahltermin entschieden werden.

Zur Vorbereitung der nächsten Kabinettsbildung begannen am Montag im Reichsfinanzministerium Referentenbesprechungen über die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um im Interesse der Inangriffnahme des Staatsapparates die notwendigen Leistungen für die nächste Zukunft leisten zu können. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums teil. In welcher Weise die nötigen Gelder herbeigeschafft werden, ist eine noch offene Frage. Es kann insofern auch noch nicht gesagt werden, ob die von der Regierung erdachte Vermögenssteuer oder die Verlängerung der Bürgersteuer kommen werden.

Der „Völkische Beobachter“ zur Regierungserklärung

München, 6. Juni. In seinem Kommentar zur Regierungserklärung des Reichskabinetts schreibt der „Völkische Beobachter“, die NSDAP werde ihre grundsätzliche oder spezielle Haltung zum Kabinett zur gegebenen Zeit bekanntgeben. Bei dieser Gelegenheit wird auf dem Volk ausgedrückt, daß als Bilanz der 13jährigen Herrschaft von Zentrum und Sozialdemokratie eine moralische Zermürbung des deutschen Volkes angesehen werden müsse. Dies in einer amtlichen Kundgebung zu lesen, zeige, daß die von den Nationalsozialisten durchgeführte Ueberzeugung allgemeines nationales Gut zu werden beginne. Weiter heißt es in dem Artikel, die Regierungserklärung habe das Gute, daß sie die Richtung des nationalsozialistischen Denkens und Handelns aufzeige und eine freie Entscheidung des deutschen Volkes zu ermöglichen anlaufe.

Ein rein deutsches Memel-Direktorium

Memel, 6. Juni. Gouverneur Gyllé hat heute vormittag den Abgeordneten der memelländischen Volkspartei, Dr. Schreiber, zum Präsidenten des Memelländischen Direktoriums ernannt. Dr. Schreiber wird, wie wir hören, noch im Laufe des heutigen Vormittags Hauptlehrer Waldmann, der bisher politisch nicht hervorgetreten ist, und den Hrn. Gyllé, der der Landwirtschaftspartei angehört und auch Mitglied des Direktoriums Böttger war, zu Mitgliedern des Direktoriums ernennen.

Erpressungsversuche mit dem Saargebiet

Paris, 6. Juni. Die französische Regierung hat das Saargebiet heute unter dem Vorsitz des Senators Ordinaire ihre Generalversammlung abgehalten und, wie Havas berichtet, bei dieser Gelegenheit eine Entschließung angenommen, in der die französische Regierung aufgefordert wird, in Vollmacht die Gewährleistung eines neuen Moratoriums davon abhängig zu machen, daß die deutsche Regierung eine Anleihe stelle, die auf allem Staatsvermögen und namentlich auf den Eisenbahnen des Saargebietes aufzubauen werden mühe. Zweitens möge die französische Regierung bestätigen, daß jede Verabsäumung und jede Aussetzung der Reparationszahlungen automatisch den Verzicht Deutschlands auf die Möglichkeit des Rückkaufs der Staatsgruben im Saargebiet nach sich ziehe.

Dazu wird in Berliner unterrichteten Kreisen erklärt, daß Deutschland unbedingt auf dem Standpunkt stehe, das Saargebiet eigne sich weder zu Pflanzwäldern, noch könne es zu einem Ruhandelsobjekt gemacht werden.

Streik beim Bremer Vulkan

Bremen, 6. Juni. Die Arbeiter der Bremer Vulkan-Werke sind heute nicht zur Arbeit erschienen, so daß der Werksbetrieb vollständig ruht. In einer Abstimmung in der vorigen Woche hatte sich die Belegschaft gegen die Annahme des Lohnstreiks ausgesprochen.